

Fachinformation Dr. Hans Penner

Bürgerdialog

www.fachinfo.eu

Späth, Andreas; Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis

Email-Adresse

www.fachinfo.eu/spaeth.pdf - Stand: 20.10.2016

Schreiben H. Penner vom 20.10.2016

Sehr geehrter Herr Späth,

wenn man die Entwicklung der jüngeren Vergangenheit extrapoliert und wenn keine Wende eintritt, ist Deutschland auf dem Weg, ein islamischer Staat zu werden. Einzelheiten siehe www.fachinfo.eu/merkel.pdf. Herrschaft des Islam bedeutet Ende der Freiheit und Ende des Wohlstands für alle.

Aus unerfindlichen Gründen forciert die Evangelische Kirche die Islamisierung Deutschlands. Der bayerische evangelische Landesbischof hat sich durch Moslems in einen Moschee-Verein berufen lassen, der ein islamisches Zentrum zur Bekämpfung der Christen bauen lassen will, das von Saudi-Arabien finanziert werden soll (<http://www.merkur.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/islamzentrum-muenchen-kirchenvertreter-moschee-kuratorium-berufen-5296168.html>).

Moschee-Vereine sind nach unserem Grundgesetz verboten: "Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten" (GG Art. 9 Abs. 2). Moschee-Vereine betreiben Moscheen oder sind Bauträger von Moscheen. "Eine Moschee ist ein ritueller Ort des gemeinschaftlichen islamischen Gebets und darüber hinaus der politischen, rechtlichen und lebenspraktischen Wertevermittlung im Sinne des Islams sowie ein sozialer Treffpunkt" (Wikipedia).

Zweck der Moschee-Vereine ist die Verwirklichung der Ziele des Islam:

- Weltherrschaft, also auch Herrschaft über Deutschland
- Bekämpfung der UN-Menschenrechte-Charta (<http://www.islamdebatte.de/islamische-schlusseltexzte/kairoer-erklaerung-der-menschenrechte-im-islam/>)
- Verbot der Religionsfreiheit
- Verbot der Gleichberechtigung von Frauen
- Körperstrafen
- Gewaltsame Durchsetzung des Islam
- Bekämpfung von Juden und Christen

Der bayerische Landesbischof hat demnach eine leitende Funktion in einer nach dem Grundgesetz verbotenen Institution.

Außerdem fordert der bayerische Landesbischof, daß flächendeckend in den Schulen der grundgesetzwidrige Islam unterrichtet wird. Zu den Kernpunkten der islamischen Lehre gehört die Behauptung, daß der christliche Glaube an den Gottessohn Jesus Blasphemie sei.

Kopien dieses Schreibens an die Dekane der bayerischen Landeskirche sollen klären, ob es Dekane gibt, die den Landesbischof ablehnen, was wahrscheinlich nicht der Fall ist. Unter diesen Umständen dürfte eine Mitgliedschaft in der bayerischen Landeskirche nicht vereinbar sein mit dem reformatorischen Christusglauben und auch nicht mit dem Bemühen, den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat zu erhalten.

Dieses Schreiben kann verbreitet werden (www.fachinfo.eu/spaeth.pdf)

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner

Schreiben H. Penner vom 15.09.2016

An die Herren Ulrich Rieß, Andreas Späth, Prof. Dr. Beyerhaus, Dr. Werner Neuer

Sehr geehrte Herren,

Die "Salzburger Erklärung" (wer spricht heute noch davon?) halte ich für wertlos aus folgenden Gründen:

1. Die Erklärung ist zu lang. Verantwortungsträger haben nicht die Zeit, solche Texte zu lesen.
2. Es gibt Erklärungen und Stellungnahmen in Hülle und Fülle. Diese bewirken in unserer pluralistischen Gesellschaft nichts.
3. Die Unterzeichner der Erklärung vermeiden es, sich persönlich mit destruktiven Verantwortungsträgern auseinanderzusetzen.
4. Die Unterzeichner vermeiden es, von den Landesbischöfen zu verlangen, die Ausstellung von kirchlichen Tötungslizenzen zu beenden.
5. Die Unterzeichner vermeiden es, den Rücktritt der Reformationsbotschafterin zu verlangen. Diese behauptet, Maria hätte den Verkündigungengel angelogen.
6. Die Unterzeichner vermeiden es, den Rücktritt des EKD-Ratsvorsitzenden zu fordern. Dieser plant den Bau eines islamischen Zentrums zur Bekämpfung der Christen.
7. Die Unterzeichner vermeiden es, die Überwindung der Historisch-Kritischen Theologie zu fordern, die mit den Prinzipien der Reformation nicht vereinbar ist.
8. Die Unterzeichner vermeiden Kritik an der Bundeskanzlerin, welche das Lebensrecht ungeborener Deutscher mißachtet und Bürger als geistesgestört bezeichnet, die an der christlichen Eheethik festhalten.

Dieses Schreiben kann verbreitet werden und steht im Internet unter www.fachinfo.eu/spaeth.pdf

Mit freundlichen Grüßen Hans Penner